

# Freiberger Anzeiger und Tageblatt.

Amtsblatt für die königlichen und städtischen Behörden zu Freiberg und Brand.

Verantwortlicher Redakteur Julius Braun in Freiberg.

34. Jahrgang.

N<sup>o</sup> 30.

Erscheint jeden Samstag Abends 6 Uhr für den  
andern Tag. Preis vierteljährlich 2 Mark 25 Pf.,  
zweimonatlich 1 Mark 50 Pf. u. einmonatlich 75 Pf.

Sonntag, den 5. Februar.

Inserate werden bis Vormittags 11 Uhr angenom-  
men und beträgt der Preis für die gepaltene Zeile  
oder deren Raum 15 Pfennige.

1882.

## Die Woche.

Am Beginn der abgelaufenen Woche schloß der jetzige deutsche Reichstag seine erste Session, die sich einer besonderen Kürze rühmen kann; denn während sonst die Sitzungen drei, vier bis fünf Monate in Anspruch nahmen, dauerten sie diesmal nur zwei Monate. Aber trotz dieser knappen bemessenen Zeit und trotz der unglückseligen Parteizerspaltung wurde verhältnismäßig viel geleistet. Wir glauben, die Reichsregierung wird mit den Resultaten im Durchschnitt zufrieden sein, denn die Ablehnung der Gelder für den Volkswirtschaftsrath und die Reduktion einiger Kapitel des Budgets sind sachlich wie prinzipiell von untergeordneter Bedeutung. Im Uebrigen erhielt die Regierung für ihre Gegenschritte ganz stattliche Mehrheiten: zunächst in allen Hauptfragen des Budgets, in der Hamburger Zollanschlußfrage, bei dem Gesetz über die Berufsstattistik, den Neubau eines Reichstagsgebäudes u. s. w. In keinem dieser Fälle stand die Mehrheit in einem schroffen Gegensatz zur Minderheit, denn die Minderheit wurde gewöhnlich aus Liberalen, Konservativen und Zentrumsmitgliedern gebildet. Aehnlich geschah es bei den Anträgen, die aus der Mitte des Reichstags gestellt wurden. Wir erinnern nur an den Antrag des Abg. Windthorst, die Aufhebung des Ausweisungsgesetzes für katholische Geistlichen betreffend, und an den Antrag des Abg. Richter wegen Herabminderung der Matrifularbeiträge. Letzterem hat der Bundesrath seine Genehmigung erteilt, während der Windthorst'sche Antrag wohl nur eine theoretische Bedeutung erhalten wird, denn der Bundesrath nahm zu demselben noch gar nicht Stellung. Alles in Allem scheint uns diese am Montag vergangener Woche geschlossene Session des Reichstages den Beweis zu führen, daß der Parteihader und die sonstigen Gegensätze in der Abnahme begriffen sind. Allerdings werden die für die nächste Session verschobenen wirtschaftlichen und sozialen Streitfragen wohl noch parlamentarische Kämpfe hervorzurufen, in denen die Geister heftig auf einander plagen, obgleich auch hierbei eine schließliche Einigung nicht ausgeschlossen ist. Ein Berliner Blatt schloß seinen Rückblick auf die Thätigkeit des Reichstages mit den Worten: „Fast man Alles zusammen, so sieht man, daß dieser Reichstag, der übrigens bei seinem Scheiden in seltener Vollständigkeit auseinander ging, in weit höherem Grade als die meisten seiner Vorgänger den ihm vorliegenden Aufgaben gerecht geworden ist. Und das ist ein Ergebnis, das man gern anerkennen wird. Es ist das wohl dem Umstande zuzuschreiben, daß viele neue Elemente in den Reichstag eingetreten sind, die mit größerer Vorurtheilsfreiheit als die alten Parlamentarier die Fragen behandelt haben.“

Mit dem Schluß des Reichstages ist keineswegs eine größere Stille im parlamentarischen Leben eingetreten, da die Landtage in verschiedenen Bundesstaaten noch versammelt sind und das politische Leben in Fluß erhalten. Namentlich beanspruchen die Verhandlungen des preussischen Abgeordnetenhauses wegen einiger wichtigen Vorlagen allgemeines Interesse. Wir rechnen hierzu den Gesetzentwurf über die Verstaatlichung der Eisenbahnen und die kirchenpolitische Vorlage. In Bezug auf innere preussische Angelegenheiten ist die Ernennung des ehemaligen Kultusministers Dr. Falk zum Präsidenten des Oberlandesgerichts für Westphalen in Hamm zu erwähnen. Auf liberaler Seite bedauert man den durch diese Berufung bedingten Rücktritt dieses Mannes aus dem politischen Leben. Dr. Falk war bekanntlich Mitglied des Reichstages und des preussischen Abgeordnetenhauses. In ihm verliert die national-liberale Partei einen bewährten und überzeugungstreuen Kämpfer. Immerhin ist es erfreulich, wenn eine in juristischer Beziehung so ausgezeichnete Kraft nicht länger brach zu liegen braucht.

Die Lage der österreichischen Monarchie ist nicht beneidenswert. Zur Bewältigung des Aufstandes in Südb-Dalmatien verlangte die Regierung einen Kredit von 8 Millionen Gulden und unweifelhaft bewilligen die zu einer außerordentlichen Session einberufenen Delegationen denselben. Wenigstens wurde diese Bewilligung schon von den Budget-Ausschüssen votirt. Wir zweifeln auch nicht, daß es den Behörden schließlich nach Ausbietung einer bedeutenden Macht gelingen wird, des Widerstandes Herr zu werden, den ein verwegenes Räuberbüschel der Regierung eines Großstaats zu bieten wagt. Aber was jetzt

mit großen Opfern an Geld und Menschenleben erstrebt wird, konnte viel schneller, wohlfeiler und ohne Blutverlust erlangt werden, wenn die Vertreter der Autorität in Wien und Agram zur rechten Zeit ihre Schuldigkeit gethan hätten. Natürlich zur rechten Zeit wird in Oesterreich selten etwas gethan! „Zu langsam voran“, das bleibt nun einmal dort der Wahlspruch. Der angeborenen Indolenz und Trägheit, von der sich Beamten und Würdenträger nicht losmachen können, gesellte sich noch ein weiteres Moment hinzu: die nationalen Bestrebungen der bei Aufrechterhaltung der Ordnung beteiligten Kräfte, welche sehr weit auseinander gingen und von denen daher die eine die andere aufhob. Oesterreich ist nun einmal leider ein vielköpfiges Wesen. Für die Gesamtmonarchie begehrten sich die Wenigsten. Jeder einzelne Volksstamm denkt zuerst an seine eigene Nationalität — das ist nicht zu ändern. Die Staatsmänner aber, denen das Wohl fürs Ganze anvertraut ist, sollten doch wenigstens daran denken, daß diese Sonderbestrebungen dort zurücktreten müßten, wo ein unzulässiges, fast aller Segnungen der Kultur entbehrendes Land dem Reiche verschmolzen und auf eine höhere Stufe gehoben werden soll. Da ist es doch am allerwenigsten am Platze, nationalen Liebhabereien nachzugehen; vielmehr muß ein einheitliches Prinzip durchgeführt werden. Und wo etwa die Herrschaft in irgend einer nationalen Angelegenheit in Betracht kommt, da hat dann nur diejenige Nationalität Anspruch auf Berücksichtigung, welche die höchste Kulturstufe einnimmt, also die beste Befähigung zur Erziehung der tiefer stehenden Stämme besitzt. Das aber ist in der Herzegovina und überhaupt nirgends in Oesterreich der Fall gewesen. Das deutsche Element wurde unterdrückt, von den anderen Nationalitäten trieb jede auf eigene Faust und nach eigenem Belieben Politik. Die Magyaren haben in den besetzten Landestheilen mit den Muhammedanern, die Südslaven mit den Katholiken, die Czachen mit den Griechisch-Orthodoxen geliebäugelt — die Autorität der Monarchie ging natürlich dabei in die Brüche. Nun ist die Krisis da! Der Verlauf des Aufstandes in Südb-Dalmatien sieht ganz so aus, wie der Anfang des Bankrotts vom System Taaffe.

Die italienische Kammer hat die Debatte über das Listenskrutinium begonnen, die wahrscheinlich sehr lebhaft sein und lange dauern wird. Das Ministerium ist noch nicht darüber einig, ob es die Kabinettsfrage stellen und im Falle der Ablehnung des Listenskrutiniums zurücktreten soll. Wahrscheinlich wird aber ein solcher Beschluß gefaßt werden. — Der Verkauf der römischen Blätter an das Konfession Fremde ist rückgängig geworden und der Versuch, einen Theil der römischen Presse französischem Einfluß dienstbar zu machen, an dem Anstandesgefühl der Italiener gescheitert.

Das neue französische Kabinet fand mit seinem Programm nicht nur in der Deputirtenkammer und dem Senat, sondern im ganzen Lande sehr beifällige Aufnahme. Dieses Programm betont zunächst, daß das Kabinet entschieden für die Erhaltung des Friedens nach Innen und nach Außen eintreten werde, ferner würde die Frage der Verfassungsrevision bis nach Ablauf der gegenwärtigen Legislaturperiode verschoben; sodann kündigt es verschiedene Reformen im Justiz- und im Militärwesen an, bezüglich des öffentlichen Unterrichts solle das begonnene Werk fortgesetzt werden und schließlich verspricht die Regierung, Alles zu thun, um die Arbeiten der Nation zu fördern und will sie sich mit der Besserung der Verhältnisse des Landes in moralischer, intellektueller und materieller Beziehung in eingehendster Weise beschäftigen. Diese ministeriellen Erklärungen sind, wie schon erwähnt, in der Kammer sehr günstig aufgenommen worden und auch im Senate haben sie einen guten Eindruck gemacht, so daß das erste Auftreten des Kabinetts Freyheit ein allgemein befriedigendes genannt werden kann. Man glaubt, von den 53 Mitgliedern der Deputirtenkammer werden mindestens 300 zum neuen Kabinet stehen. Sehr viel wird davon abhängen, wie sich Gambetta verhält. Er dürfte in der ersten Zeit das Ministerium sicherlich unterstützen, aber später wahrscheinlich dasselbe unterminiren. Man erzählt von ihm ein hübsches, aber sehr ominöses Wort: „Die Hauptsache bleibt für Sie,“ soll nämlich ein Freund zu ihm gesagt haben, „daß Sie auf Ihre Füße gefallen sind.“ „Ich glaube sogar,“ erwiderte der Abgeordnete von Belleville, „ich bin ein wenig auf die Füße meiner Nachfolger gefallen.“

In England regt sich immer mehr die öffentliche Meinung zu Gunsten der verfolgten Juden in Rußland. Am Mittwoch fand in London ein zahlreich besuchtes Meeting statt. Eine große Anzahl von Notabilitäten weltlichen und geistlichen Standes, die Spitzen der englischen Aristokratie und andere hervorragende Persönlichkeiten nahmen daran Theil und griffen auch sogar in die Diskussion ein. Besonders bemerkenswerth war das Auftreten des Cardinals Manning, der mit energischen Worten gegen die russische Insinuation protestirte, daß diese Demonstration von Parteirücksichten beeinflusst sei und dann die Versicherung abgab, er könne durch offizielle Urkunden beweisen, daß die russische Regierung die Judenhegen nicht nur nicht mißbilligte, sondern sie vielmehr unterstützte. Manning verlas hierauf und kommentirte paragraphenweise Ignatieff's Erlaß vom August 1881, worin nicht die jüdischen Opfer, sondern die Christen bedauert und Maßregeln angekündigt werden, um die Juden noch mehr zu unterdrücken. Rußland klagt über seine Juden; möge es ihnen gleiche Rechte wie den Juden in England und Frankreich geben, dann werden seine Juden ebenso tüchtige Mitglieder des Staates wie die englischen oder französischen Juden werden. In ergreifenden Worten schilderte Manning die Verpflichtung, welche die ganze zivilisirte Welt den Juden schuldet, und beschwor den Czaren, diese Greuel zu unterdrücken. Nach Verlesung der von dem Erzbischof von Canterbury, dem Herzog von Westminster, Tennyson und anderen bekannten Persönlichkeiten eingegangenen Zustimmungsschreiben nahm die Besammlung Resolutionen an, worin die Verfolgungen und Heimsuchungen, welche die Juden in Rußland seit einigen Monaten zu erdulden hätten, für beklagenswerthe Verstöße gegen die Zivilisation erklärt werden, und die Meinung ausgesprochen wird, daß die Gesetze Rußlands bezüglich der Juden dazu beitragen, dieselben in den Augen der christlichen Bevölkerung herabzusetzen und den Ausbrüchen fanatischer Ignoranz auszuweichen. Die Resolutionen wurden dem Premier Gladstone und dem Lord Granville überreicht.

Zwischen Spanien und dem Vatikan ist anscheinend ein diplomatischer Konflikt im Anzuge. Der päpstliche Nuntius in Madrid hat die spanischen Bischöfe in demonstrativer Weise aufgefordert, die von dem karlistischen Abgeordneten Nocedal organisirte Pilgerfahrt der spanischen Pilger wirksam zu unterstützen, wogegen die spanische Regierung in energischer Weise beim Vatikan protestirte.

Die ägyptische Krise beginnt akut zu werden. Es ist alles so gekommen, wie es von vornherein vorausgesehen wurde. Die Militärpartei hat ihren Willen durchgesetzt und den Sturz des Ministeriums herbeigeführt. Der ganz und gar in der Gewalt der Prätorianer befindliche Kabinet ist gezwungen, den letzteren nachzugeben und ein Kabinet zu wählen, welches aus ihren Kreaturen und Führern zusammengesetzt sein wird, wenn er nicht eine neue Militärrevolte provoziren will. Hierauf wird man der Kammer die Budgetbewilligung zugestehen und die fremde Finanzkontrolle abschaffen. Das Weitere findet sich von selbst. Hat die Kammer das Kriegsbudget erst in ihrer Gewalt, so wird sie das Heer auf 18000 verstärken, während es gegenwärtig etwa die Hälfte dieser Truppenzahl aufweist. Vermittelt des Heeres wird man dann an die Beseitigung des letzten Restes ausländischer Einflüsse herangehen und später vielleicht auch die Suzeränität der Pforte abschütteln, um „Egypten in der That den Egyptern“ zu überlassen. Die Großmächte sind freilich keineswegs gewillt, die Dinge ihren Lauf nehmen zu lassen. Denn wie man aus Konstantinopel meldet, haben dort am 2. d. Rußland, Italien, Deutschland und Oesterreich eine identische Erklärung abgegeben lassen, daß sie die Aufrechterhaltung der bisherigen Zustände in Egypten wünschen und der Ansicht seien, eine Abänderung derselben dürfe ohne vorausgängige Zustimmung aller Großmächte nicht eintreten.

## Tageschau.

Freiberg, 4. Februar.

Der Kronprinz des deutschen Reiches wird sich zu der Ostern stattfindenden Vermählung des Prinzen Leopold von Großbritannien mit Prinzessin Helene von Waldeck nach London begeben. — Der Oberlandesgerichts-Präsident Dr. Falk hat in einem jetzt veröffentlichten